

Die Gewerkschaft.

Organ für die Interessen der in Gemeindebetrieben beschäft. Arbeiter und Unterangestellten.
Publikations-Organ der in Gemeindebetrieben beschäftigten Arbeiter und Unterangestellten.

Er erscheint alle 14 Tage Sonntags. Bezugspreis 80 Pfg. pro Vierteljahr. Einzelnnummer 15 Pfg.	Verantwortlicher Redakteur und Verleger: Ernst Voersch, Berlin W. 30, Winterfeldstr. 25.	Inserate, die 3 gespaltene Zeilen Zeile 30 Pfg. Versammlungs- u. Vereinsanzeigen 15 Pfg. Bei Wiederholung Ermäßigung.
Nr. 14.	Berlin, den 1. Juli 1900.	4. Jahrg.

Die Delegiertensteuern.

Bekanntlich hat die Generalversammlung unseres Verbandes, welche zu Ostern in Berlin tagte, den Beschluß gefaßt, daß auch zukünftig alle Vierteljahre 10 Pf. Delegiertensteuern zu entrichten sind. Nun besteht immer noch in einigen Filialen eine große Unkenntnis über den eigentlichen Zweck dieser Steuern und weigern sich daher einzelne Mitglieder, dieselben zu entrichten. — Wir wollen daher in Folgendem den Zweck der Delegiertensteuern auseinander zu setzen versuchen.

Nach dem Statut des Verbandes hat alle 3 Jahre mindestens eine Generalversammlung desselben stattzufinden. Die Generalversammlung legt sich aus Delegierten (Abgeordneten) der Filialen zusammen und zwar derart, daß auf je 100 Mitglieder ein Delegierter kommt. Daß solche Generalversammlungen unbedingt notwendig sind, darüber kann wohl kein Zweifel aufkommen. Alle Körperschaften, die sich über größere Räume ausdehnen, veranstalten Zusammenkünfte der Vertreter einzelner Bezirke, wo dann die allgemeinen Fragen geregelt werden. Dieses ist ein notwendiges Erfordernis. Die Hauptleitung der Organisation hat auf der Generalversammlung Rechenschaft über ihre Thätigkeit zu legen, die Vertreter der einzelnen Bezirke haben darüber zu entscheiden, ob dieselbe ihre Schuldigkeit gethan hat und die Fragen von allgemeinem Interesse sind auf diesen Zusammenkünften zu erledigen. Nun erfordern aber derartige Generalversammlungen bedeutende Unkosten. Den Delegierten müssen die Fahrgebühren erstattet werden, sie müssen Diäten (Zehrgelder) und auch den eventuell verloren gegangenen Arbeitsverdienst erhalten. Kommt z. B. ein Delegierter von Mannheim nach Berlin, wo vielleicht die Generalversammlung tagt, so beläuft sich allein das Fahrgehalt auf 38 Mk. Sowie kostet ein Retourbillet 3. Klasse zwischen den genannten Orten. Sollte der Delegierte 4. Klasse fahren, so läme er einmal todtmüde zur Generalversammlung hin, andererseits müßte er aber auf weiteren Touren mehr Diäten erhalten, da er nur Personenzüge benutzen könnte, also viel länger unterwegs ist, während er mit einem Retourbillet 3. Klasse schnell zurück fahren kann. Zu bemerken ist hierbei auch noch, daß in Süddeutschland eine 4. Wagenklasse garnicht existiert.

Dann kommen die Diäten hinzu. Der Delegierte kann nicht auf einer Verberge logieren, sondern er muß ins Gasthaus gehen. Für ein Bett aber, das einigermaßen den Anforderungen der Keilichkeit entspricht, welches frei von gewissen Tieren ist, muß man heute in ganz Deutschland mindestens 1,50 Mk. pro Nacht bezahlen. Der Kaffee kostet in den billigsten Gasthäusern 25—40 Pf. Der Hausdiener will etwas haben. Frühstück, Mittagbrot u. alles ist teuer. Tagsüber muß in den Logungsortalitäten etwas verzehrt werden und so geht es weiter. So sind oft 7—8 Mark — je nach den örtlichen Verhältnissen nötig, um auskommen zu können. Mancher Delegierte verliert nun aber auch noch den Arbeitsverdienst. Den kann er nicht einbüßen, ist es doch schon genug Opfer gebracht, wenn er in dumpfen Lokalitäten im Interesse seiner Kollegen arbeitet, während diese womöglich mit ihren Familien dem Amüsement obliegen. Nun berechne man sich einmal die Summen, welche eine solche Generalversammlung kostet. Unsere letzte Generalversammlung hat ungefähr 1200 Mk. gekostet.

Um nun diese notwendigen Gelder aufzubringen, sind die Delegiertensteuern eingeführt worden. Bei den geringen Beiträgen, welche die Verbandskasse von den Filialen erhält, kann sie diese Unkosten nicht bestreiten. Selbst in anderen Organisationen, wo die Hauptkasse beinahe noch einmal soviel erhält, als bei uns, werden Delegiertensteuern erhoben. Und 10 Pf. pro Vierteljahr kann schließlich jedes Mitglied entrichten.

Im nächsten Jahr soll laut Beschluß der letzten Generalversammlung ein Kongreß der Gasanstalts-Arbeiter stattfinden. Auch dieser Kongreß wird dem Verbands nicht unerhebliche Unkosten verursachen. Später finden vielleicht Spezialkonferenzen anderer städtischer Arbeiterkategorien statt. Alles das kostet Geld und abermals Geld.

Darum geben wir uns jetzt der Hoffnung hin, daß alle Verbandskollegen die Notwendigkeit der Delegiertensteuern eingesehen haben und dieselben daher pünktlich entrichten.

Selbst und die Gewerkschaften. *)

Der Reichstagsabgeordnete Bebel erörterte kürzlich in einer Versammlung der Berliner Lithographen und Steindruckers das zeitgemäße Thema: „Gewerkschaftsbewegung und politische Parteien.“ Bebel wies zunächst darauf, daß es die Gewerkschaften mit Rücksicht auf das Vereinsgesetz seither vermeiden mußten, Politik innerhalb der Organisation zu treiben. Jetzt, nachdem das Verbindungsverbot für politische Vereine aufgehoben ist, stehe aber den gewerkschaftlichen Organisationen kein Gesetz mehr im Wege, welches sie an der politischen Thätigkeit hindern könnte. Mittlerweile sei aber in der Gewerkschaftswelt selbst die Ansicht aufgetaucht, daß es nicht Aufgabe der Gewerkschaften sei, Parteipolitik zu treiben, sondern daß sie nur Fach- und Betriebsinteressen zu vertreten hätte. Daß diese Auffassung entliehen konnte, dazu trage der Umstand bei, daß wir in den Hirsch-Dunderschen Gewerksvereinen Organisationen liberalen Gepräges haben, und daß neuerdings auch von katholischen und protestantischen Seite Gewerkschaften gegründet worden seien, bei denen es hauptsächlich darauf ankomme, die Gläubigen der genannten Konfessionen zusammen zu halten. Jetzt gäbe es fünf gewerkschaftliche Richtungen: 1. die sogenannte sozialdemokratische, 2. die liberale Hirsch-Dundersche, 3. die katholische, 4. die evangelische und 5. die durch den Buchdruckerverband vertretene möglichst neutrale.

Unmöglich könne die Gewerkschaft ihre Zwecke erreichen, wenn ihre Mitglieder in verschiedene politische Richtungen getrennt sind. Die Unternehmer seien sehr gut, viel besser wie die Arbeiter organisiert. Sie haben die Notwendigkeit einheitlichen Handelns ohne Rücksicht auf religiöse oder politische Meinungsverschiedenheiten begriffen. Das lehre uns, daß die Zerplitterung, wie sie seit Jahren in der Gewerkschaftsbewegung besteht, nicht weiter bestehen dürfe.

Die Gewerkschaftsbewegung habe die Aufgabe, auf dem Boden der gegenwärtigen Gesellschaftsordnung die Arbeitsbedingungen für ihre Mitglieder möglichst günstig zu gestalten. Das könne sie aber nur, wenn sie die Berufsangehörigen in möglichst großer Zahl hinter sich hat, und wenn sie über ausreichende Mittel verfügt. Eine Zukunftsorganisation sei die Gewerkschaft höchstens insofern, als

*) Wegen Raummangels verspätet.

sie nach der Beseitigung der kapitalistischen Wirtschaftsordnung die Leitung der Produktion in die Hand zu nehmen habe. Doch davon sei für heut abgesehen.

Wenn die Gewerkschaft stark ist und wenn sie eine gute Leitung hat, dann werde es ihr gelingen, für ihre Mitglieder verhältnismäßig erhebliche Vorteile zu erlangen. Darum sei es Pflicht aller Arbeiter, der Organisation ihres Berufs anzugehören.

Vertrete man den hier dargelegten Standpunkt, dann sei es selbstverständlich, daß Parteipolitik aus den Gewerkschaften auszuschließen sei. Arbeiterpolitik dagegen müssen die Gewerkschaften treiben. Arbeiterpolitik treiben heiße aber auch eine Reihe von Forderungen stellen, die ohne Politik und ausschließlich durch rein gewerkschaftliche Thätigkeit nicht erreicht werden können. So sei es z. B. sehr schwer, Berufe, in denen die Arbeiterinnen überwiegen, gut zu organisieren, so lange die Frauen nicht sozial unabhängig sind. In der Hausindustrie habe die Organisation fastentlich wenig Erfolg gehabt. Wo eine Arbeiterkategorie nach Lage der Verhältnisse aus eigener Kraft sich nicht helfen kann, da müsse die Gesetzgebung eingreifen. Das gelte auch von den Arbeitern der Militär- und Marinebetriebe, der Eisenbahn, der Bergwerke u. s. w. Auch hier müsse die Gesetzgebung, besonders die Kritik in den gesetzgebenden Körperschaften eingreifen, um für diese Arbeiter, die unter der Gewalt der Behörden stehen, etwas zu thun. Die bürgerlichen Parteien hätten aber in dieser Hinsicht so gut wie nichts gethan.

Parteipolitik soll die Gewerkschaft nicht treiben. Klassenpolitik dagegen soll man als Politiker, aber nicht als Gewerkschaftler treiben. Ich habe früher — sagte der Redner — in dieser Frage eine andere Meinung gehabt. Ich bin jetzt der Meinung, daß die einseitige politische Thätigkeit in den Gewerkschaften ein Fehler war. Es ist nicht richtig, wenn man von dem Gewerkschaftler verlangt: Du müßt die und die politische Ansicht haben! Weiter nahm Bebel Bezug auf eine Aeußerung des „Evangelischen Arbeiterboten“, worin den Gewerkschaften geraten wird, eine Brücke zur Verständigung mit den bürgerlichen Kreisen zu schlagen. Er verurteilte diesen Harmoniestandpunkt als eine politische Verehrung, die die Gewerkschaften entschieden bekämpfen müßten und schloß unter Hinweis auf die beiden Seiten der Arbeiterbewegung: politische und gewerkschaftliche, mit den Worten: Thun Sie das Eine, aber lassen Sie nicht das Andere! (Lebhafter Beifall.)

Der Standpunkt, den Bebel in seinem Vortrage eingenommen hat, deckt sich fast vollständig mit dem von uns seit langem vertretenen. Parteipolitik gehört nicht in die Gewerkschaften hinein! Bedauerlicherweise haben einige Leiter der „freien Gewerkschaften“ das in ihrer Kurzlosigkeit noch nicht begriffen. Sie predigen tagtäglich, tagtäglich Parteipolitik und bieten dadurch den christlichen und anderen Gewerkschaftsorganisationen erst das Fundament ihrer Existenz. Sie sind hierdurch mit schuldig an der Ohnmächtigkeit der deutschen Gewerkschaftsbewegung.

Die Reform der Unfallversicherung.

Die Arbeiter-Versicherungs-Gesetze wurden in einer Zeit erlassen, als Herr Bismarck sich alle erdenkliche Mühe gab, die Sozialdemokratie zu überwinden, und als er darauf bedacht war, die direkten Staats- und Ge-

en Gewerkschaften
Weiterer Verlag,
Er 11
00.
Bilanzjahr
Jahres
Arbeiter-
sammt.

Verbandstheil.

Verbandsvorsitzender: **H. Siebis, Berlin S., Urbanstraße 31.** Geschäftsführender Sekretär des Verbandes: **Ernst Voersch, Berlin W. 30, Winterfeldstraße 25, Portal III** Zurecht von 9-11 Uhr. Verbandskassierer: **V. Pöschert, Berlin N. 58, Ereschowerstr. 18.** Alle Korrespondenzen, Anträge etc. sind nur an den Verbandssekretär, alle Geldsendungen sind nur an den Verbandskassierer zu richten.

Vorsitzender des Ausschusses: **V. Schulz, Berlin S.O., Kaufstraße 21.**

Kennzeichnung.

Den Fittalen-Vorständen ist in den letzten Tagen das Schriftchen „Anleitung zur Benutzung des Vereins- und Versammlungsrechts“ zugegangen. Dasselbe bleibt Eigentum der Fittale und ist bei eventuellem Amtswechsel dem neuen Vorstand zu übergeben. Wir empfehlen das neue Schriftchen allen Vorstandsmitgliedern zum eingehenden Studium, indem es eine Reihe von Fragen mit Berücksichtigung der neuen Gesetzgebung behandelt, die jeder Gewerkschaftsleiter wissen muß.

Da einige ältere Berliner Fittalen vom Verbandsvorstand die Anfertigung sämtlicher Eingaben zu veranlassen, hat derselbe folgendes befohlen:

Die Anfertigung von Petitionen etc. ist für die älteren Berliner Fittalen abzugeben; der Verbandsvorstand kann höchstens beabsichtigte Petitionen, die von den Fittalen bereits aufgesetzt sind, korrigieren. Gründe: Was dem Einen recht ist, ist dem Andern billig. Wenn der Verbandsvorstand für die Berliner Fittalen alle Eingaben anfertigen wollte, dann müßte er dieses für die auswärtigen Fittalen auch thun. Wollte er dieses aber durchführen, so hätte der Verbandsvorstand mindestens drei besoldete Beamten nötig. Dann aber müßten die Wochenbeiträge auf 20-25 Mk. erhöht werden.

Wie wir erfahren, nehmen einige Fittalen auch außerhalb der städtischen Arbeiterkreise lebende Personen auf. Das ist laut unserem Statut nicht zulässig. Die bezüglich Bestimmungen lauten:

„Dem Verbandsrat kann jeder in Gemeindebetrieben beschäftigte Arbeiter und Untergeordnete beitreten, der sich den Bestimmungen des Statuts unterwirft. Arbeiter, die in Unternehmungen tätig, welche sich allgemein in den Händen der Gemeinden befinden, ausnahmsweise aber in Privatbetrieben sind, können auch aufgenommen werden. Personen anderer Art, welche den Verband durch ihre Mitgliedschaft unterstützen wollen, dürfen nur durch besonderen Beschluß des Verbandsvorstandes aufgenommen werden. Weibliche Personen, die in Gemeindebetrieben beschäftigt sind, können gleichfalls dem Verbandsrat beitreten.“

Andererseits muß eine derartige Handhabung auch aus Gründen der Gewerkschaftspolitik vermieden werden. Wenn der Schuhmacher dem Metallarbeiter-Verband, der Schneider der Zimmerer-Organisation und der Gemeindefabrikarbeiter der Maurer-Vereinigung beitreten, ist eine erfolgreiche gewerkschaftliche Aktion unmöglich. Daber hat sich jeder Arbeiter seiner Berufsorganisation anzuschließen. Ferner muß die gekennzeichnete Handlungsweise schon deshalb verurteilt werden, weil sie gegen die Beschlüsse des 3. deutschen Gewerkschafts-Kongresses und der kürzlich in Hamburg stattgefundenen Konferenz der Zentralvorstände verstößt.

Für den Verbands-Vorstand:
Dr. Voersch.

Korrespondenzen.

Von der Fittale Berlin VI (Vateren-Anhänger) geht uns folgendes Schreiben zu: In Nr. 13 der „Gewerkschaft“ heißt es: Die Fittale Berlin VI (Vateren-Anhänger) hat für das I. Quartal 1900 an die Hauptkasse 132,25 Mk. zu wenig abgeh. Daraus ist die letzte Fittale angesetzt worden, die fehlende Summe baldigt an die Verbandskasse abzuführen. Die Mitglieder der Fittale VI forderten darauf sofort ihren Vorstand auf, zu dieser Sache Stellung zu nehmen. Ferner trat dann am 17. d. M. in einer Versammlung zusammen und beauftragte den Kassierer Band, dem Hauptvorstand folgendes zu unterbreiten und in der „Gewerkschaft“ zu veröffentlichen: Der Vorstand der Fittale VI spricht sich Bedauern darüber aus, daß die Fittale mit der Abrechnung vom I. Quartal im Rückstand geblieben ist, so daß sich der Hauptvorstand ansetzen mußte, dieses zu veröffentlichen. Es wird jedenfalls nicht der erste, auch nicht der letzte Fall sein, daß eine Fittale nicht vollständig abgerechnet kann; überhaupt, wenn unzureichende Angaben herantreten, wie dieses in Fittale VI im letzten Halbjahr durch Kaufmanns- und Steuerbeamte beobachtet, der Fall gewesen ist. Der Vorstand in der Meinung, daß die Hauptkasse wohl die in dem Fittale VI das Vertrauen hat, dem Hauptvorstand hierzu vertrauensvoll abzugeben, ohne sich vom Hauptvorstand hierzu vertrauensvoll abfordern zu werden. Das Fittale VI mit allen Klanten

hieran arbeitet, ist am 1. Juni dem Verbandssekretär Bösch in der Vertrauensmännerversammlung durch den Kassierer Band berichtet worden, und hätte dieses dem Hauptvorstand wohl schon gemeldet. Wenn jetzt aber behauptet wird, die Fittale ist aufgefordert worden, ihre Schuld abzurufen, so muß hierauf erwidert werden, daß der Fittale VI diese Aufforderung bis jetzt nicht zu ergehen ist. Im übrigen kann sich der Hauptvorstand diese Art Bemühungen erlauben. Fittale VI weiß selbst, was sie zu thun und zu lassen hat und wird ihren Pflichten auch ohne Aufforderung des Hauptvorstandes nachkommen. Dieses für die „Gewerkschaft“ zur Kenntnisnahme der Verbandsorgane.

Der Vorstand der Fittale Berlin VI.
J. A. W. Band.

Anmerkung des Verbandsvorstandes. Der Verbandsvorstand hat laut dem Statut die Verpflichtung, darauf zu achten, daß die naturlichen Bestimmungen von allen Fittalen eingehalten werden. Da nun aber in der fraglichen Nummer die Quartalsabrechnung der Fittalen veröffentlicht wurde und aus derselben hervorgeht, daß die Fittale Berlin VI erheblich zu wenig an die Verbandskasse abgeführt hatte, so mußte der Verbandsvorstand einfach den anderen Fittalen befehlen, welche Schritte er in dieser Beziehung getan hat. Hätte der Verbandsvorstand zu der Angelegenheit geschwiegen, so wären ungewissheit von anderen Fittalen und mit vollem Recht — hätte Vorwürfe gegen denselben erhoben worden. Außerdem hat der Verbandsvorstand in allen ähnlichen Fällen ebenso verfahren. Seit in einer der letzten Nummern der „Gewerkschaft“ wird die Fittale Mannheim I aufgefordert, die restierenden 12,50 Mk. abzuführen. — Wenn bis zu dem Tage, an dem die betreffende Nummer in der „Gewerkschaft“ erschien, die schriftliche Aufforderung noch nicht in den Händen der Fittale VI war, so lag das daran, daß der Verbandssekretär in Folge von Ueberbürdung mit Arbeiten nicht den Reichthum des Verbandsvorstandes zur Ausführung bringen konnte.

Gremien. Die Antwort der Deputation der Gerleuthungs- und Wasserwerke entgegenzunehmen und dazu Stellung zu nehmen, war der Zweck einer Versammlung der in den städtischen Werken beschäftigten Arbeiter, welche vor Kurzem im Ballhaus statt. Nachdem vom Bureau der Versammlung die abtönende Antwort, welche die Deputation auf das Gesuch um Lohn-erhöhung und bessere Beschaffung der Sonntagsgarben den Arbeitern erteilt hatte, vorgelesen worden, entspann sich darüber eine rege Diskussion. Es wurde von den Arbeitern im Feuerhaus der Standpunkt vertreten, daß die wünschenswerte Verbesserung der Löhne als Begründung der Sonntagsgarben nicht angesehen werden könne. Nur für diejenigen, welche eine regelmäßige Sonntagsgarben nicht leisten, ist eine kleine Begründung vorgelesen. Die abtönende Antwort ist damit begründet worden, daß bei den Privatunternehmern Löhne gezahlt werden, die in welcher Höhe Löhne für ähnliche Arbeitsleistung gezahlt wurden und daß diese Löhne ergeben habe, daß aus den Werken die höchsten Löhne gezahlt würden. Diese Art der Begründung wurde scharf kritisiert; wo blieb da der von höherer Stelle gegebene Aufspruch, daß Staatsbetriebe unterhalten sein sollten, wenn die Leistung der Staatsbetriebe erst bei den Privatbetriebern die Höhe der Löhne erfordern sollte. Es wurde in der Versammlung abet verneint, daß einige Beamte sich äußern hätten, wenn die Arbeiter sich mühten, bekämen sie die zwölfstündige Schicht wieder. Die Versammlung nahm, trotz der frampfanthen Bemühung des Bureau, den Verammelten den Deputationsbescheid anzugemessen, folgende Resolution einmütig an:

„Die heutige Versammlung der in den Gerleuthungs- und Wasserwerken beschäftigten Arbeiter und Handwerker protestieren aufs Entschiedenste dagegen und sind mit dem Entschiede der Deputation nicht einverstanden.“

Magdeburg. Am 2. Juni tagte in Vater's Lokal, Annoncen-Anzeige, eine kombinierte Mitgliederversammlung der Fittalen I, II, III der städtischen Arbeiter. Die Tagesordnung war folgende: 1. Vortrag, 2. Stellungnahme zum Arbeitsstreik, 3. Wie stellen sich die Kollegen zum Reichstag des Zentralvorstandes, 4. Verschiedenes. Die Versammlung war leider so schwach besucht, daß nicht einmal der vielversprechende Vortrag des städtischen Vorstands „Bildung macht frei“ gehalten werden konnte.

Vor der Tagesordnung fortgesetzt wurde, erbat die Versammlung einen dahingehenden Kollegen in der üblichen Weise. Des Weiteren wurde nach kurzer Debatte, in welcher der Anstich an den Arbeitsnachweis der städtischen Gewerkschaften empfohlen wurde, ein zweckmäßiger Antrag angenommen.

Vom Punkt 3 gattete sich die Diskussion sehr lebhaft. Sämtliche Redner sprachen sich sehr eingehend gegen den Beschluß des Zentralvorstandes aus. Folgende Resolution, welche den Protest gegen genannten Beschluß in sich schließt, fand einstimmige Annahme:

„Die heute in Vater's Lokal tagende Mitgliederversammlung der Fittalen I, II und III protestiert ganz entschieden gegen den Beschluß des Zentralvorstandes und ist der Meinung, daß durch diesen Beschluß die Fittalen in Unruhe gerichtet werden.“

- Gründe:
1. Die leitenden Kollegen, die nicht mehr in städtischen Betrieben leben, können es ganz entschieden ab, für Dank zu arbeiten.
 2. Der Zentralvorstand ist nicht berechtigt, einen solchen Beschluß zu fassen, da er nicht mit der Beschlusse in der Generalversammlung bzw. durch Abstimmung erledigt werden.
 3. Auf Grund der modernen Arbeitsverhältnisse ist es unzulässig, daß die Arbeiter in den städtischen Betrieben leben, weil die Hauptarbeit der städtischen

in der Organisierung der Massen liegt, in welcher Korporation sie auch beschäftigt sein mögen.
4. Schließlich erbliebt die Versammlung in dem Beschlusse des Zentralvorstandes, sollte letziger Beschluss nicht rückgängig gemacht werden, einen Aufruf der städtischen Organisation.
 Zum Schluss wurde die immer noch nicht erfolgte Nebensitzung von Kandidaten kritisiert, worauf Schluss der Versammlung erfolgte.

Anmerkung der Redaktion. Wir werden in der nächsten Nummer eingehender auf den Beschluss des Verbandsvorstandes zurückkommen. Nur eine Frage möchten wir hier stellen. Wer hat denn verlangt, daß die leitenden Kollegen, welche nicht mehr in städtischen Diensten stehen, aus Dank für den Verband weiter arbeiten sollten, wie es im Bericht heißt? Dem Verbandsvorstande ist ein solches Verlangen nicht im Traum eingefallen! Im Gegenteil sagt er ausdrücklich, daß wir - der Verband - solchen Kollegen zum besonderen Dank verpflichtet sind. - Also zukünftig etwas aufmerksamer lesen!

Aus unserem Beruf.

Berlin. Die städtischen Arbeiter des Gasrohrsystems beschließen kürzlich, bei der Direktion der städtischen Gaswerke vorstellig zu werden, damit ihr Stundenlohn von 35 auf 40 Pfg. erhöht werde. Die Direktion jedoch ließ die Arbeiter ohne Bescheid, worauf sich 1.000 an die Deputation der Gaswerke wandten, um auf diesem Wege ihre Forderungen durchzusetzen. Herr Stadtrat Kauson, mit dem die Arbeiter Rücksprache genommen, gab die Versicherung, daß eine Vorknorrhöhung bis zu 40 Pfg. per Stunde präferieren solle, jedoch ist am letzten Sonnabend nur einem geringen Bruchteil erhöhter Lohn gezahlt worden; so wurden zum Beispiel von einer Komonie von 30 Mann nur 6 mit der Zulage bedacht. Die Arbeiter werden nun noch einmal vorstellig werden, um für sämtliche Angehörige des Komonienstands den Stundenlohn von 40 Pfg. zu erwirken.

Die Gasarbeiter der städtischen Gasanstalten hatten ebenfalls die Erhöhung des Stundenlohns von 35 auf 40 Pfg. beantragt, was ihnen auch zugesichert worden sein soll. Bei der Lohnzahlung jedoch erwies sich, daß eine Aufbesserung nur bis zu 38 Pfg. bewilligt worden ist. Auch hiergegen soll seitens der Belegschaft bei der Deputation Einspruch erhoben werden.

Streik der städtischen Gasarbeiter in Mainz. Unsere Mainzer Verbandskollegen sind bisher unabhängig betriebl. gewesen, auf friedliche Art und Weise ihre Lebenslage zu verbessern. Ihr friedliches Vorgehen hat jedoch nicht die erhofften Verbesserungen gebracht, so daß den Gasarbeitern endlich die Geduld fehlte, so daß am 19. d. Mts. zu Arbeitsunruhen schritten. Die Mainzer Volkzeitung berichtet Folgendes über die ganzen Vorgänge:

Streik in Sicht. Der Bürgermeisterei wurde heute Vormittag seitens der in der alten Gasfabrik beschäftigten Arbeiter die Mitteilung, daß dieselben heute Abend 6 Uhr in den Streik eintreten, wenn bis dahin nicht die seit längerer Zeit, und zwar in drei Petitionen gestellten Forderungen bewilligt werden. - Die Entscheidung dieser Frage wurde mit einer dankbaren Aufgabe der sozialpolitischen Kommission, wenn das von den Stadtverordneten angenommene ministeriell genehmigte Statut nicht schon - reparaturbedürftig wäre, wenigstens nach Ansicht verschiedener Herren Stadtverordneten.

Der gestern angekündigte Ausstand der Gasarbeiter ist tatsächlich erfolgt. Nachdem gestern Vormittag 9 Uhr die Bürgermeisterei von der eventuellen Arbeitsüberlegung, welche Abends 6 Uhr erfolgen sollte, benachrichtigt wurde, suchte die Volkskommission um 11 Uhr um eine Besprechung bei der Bürgermeisterei nach, welcher unbefriedigter Weise nicht stattgegeben wurde. In Folge dessen konnte keine Verhandlung stattfinden und war die Folge, daß die Feuerhauarbeiter gestern Abend um 6 Uhr sämtlich (36 bis 40 an der Zahl) die Arbeit niederklegten. In der heute Morgen um 8 Uhr stattgefundenen Versammlung wurde die Volkskommission beauftragt, abermals um eine Besprechung für die Bürgermeisterei nachzugehen. Diese Besprechung fand um 11 Uhr statt und nobeten derselben als Vertreter der Bürgermeisterei bei den Herren Ratrat Radn und Finanzrat Amund. Letzteren forderben die Gasarbeiter auf, die Arbeit aufzunehmen, und versprachen in der nächsten Stadtverordnetenversammlung die Angedenheit in wohlwollender Weise zu erledigen. Die Kommission entgegnete, die Arbeit könne nur dann aufgenommen werden, wenn die Arbeiter Garantie erhalten, daß die Forderungen bewilligt würden. In einer heute Nachmittag stattfindenden Versammlung wird über diesen Bescheid entschieden.

Zum Gasarbeiterausstand. Weitern Nachmittag abermals eine Besprechung von Vertretern der Gasarbeiter und der Bürgermeisterei statt und gleichzeitig war auch die Gasdeputation in einer Sitzung vereinigt. Während Herr Oberbürgermeister Dr. Wagner sich den Forderungen gegenüber im zimmern Sinne äußerte, haben die Gasdeputation einen ablehnenden Standpunkt ein und derselben die Verhandlungen foltergehalt resultieren. In einer gestern Abend im Hotelmännchen Vokal abgehaltenen Versammlung der Ausständigen wurde einstimmig beschlossen, im Ausstand zu verharren. - Der Vorsitzende des Verbandes der städtischen Arbeiter dankte heute Vormittag jedoch nochmals eine Verhandlung mit der Bürgermeisterei an. Derselben nobeten bei den Herren Oberbürgermeister Dr. Wagner, Herr Ratrat Radn und Stadtverordneter L. Frank. Die Bürgermeisterei sicherte zu, daß die nächste Stadtverordnete Versammlung sich ebenfalls mit dieser Angelegenheit sowohl als auch mit den Forderungen stän-

stlicher städtischer Arbeiter befaßt. Eine heute Nachmittag stattfindende Versammlung wird nochmals hierzu Stellung nehmen.

Der Gasarbeiterausstand ist beendet. Weitern Nachmittag beschäftigte sich eine Versammlung der Ausständigen mit der Antwort der Bürgermeisterei. Als Vertreter derselben teilte Herr Stadtverordneter Dr. Frank mit, daß in einer sofort nach dem Gutenbergsfest abzuhaltenden Stadtverordneten Versammlung die Forderungen der gestammelten Forderungen der städtischen Arbeiter vorgenommen werden solle, also auch die der Gasarbeiter. Dieser Bescheid rief eine lebhafte Debatte hervor, doch wurde schließlich, um den Streik zu vermeiden, als ob die Gasarbeiter der Stadt Mainz während des Gutenbergsfestes die Forderungen zu erziehen wollten, mit 25 gegen 18 Stimmen beschlossen, die Arbeit wieder aufzunehmen. Drei weiße Kettel wurden abgeben. Die Arbeit wurde bereits gestern Abend um sechs Uhr wieder aufgenommen. Die Forderungen der Arbeiter sind im Feuerhaus achtstündige Schicht und für dieselbe eine Entlohnung von 60 Pfg. pro Stunde, für jede weitere Stunde angetraut des Feuerhauses 40 Pfg. Es sieht zu erwarten, daß die Stadtverordnete Versammlung über diese bei der überaus schweren Arbeit der Feuerarbeiter wohl berechtigten Forderungen in eingehender Weise verhandelt und so die Angelegenheit zu einer befriedigenden Lösung führt.

Litterarisches.

Das bürgerliche Wohnhaus. Eine Sammlung einfacher bürgerlicher Wohnhäuser. Dargestellt in Ansichten, Grundrissen, Schnitt und Details. Für den Gebrauch in Schule und Praxis bearbeitet von Architekt A. Geyger. 1. Teil: Freistehende Häuser. IV S. und 26 Tafeln in groß Folio. Hildsburg 1900, Verlag von T. Weidner. Preis 8 Mk.

Zu den vielen, in den letzten Jahren erschienenen Werken mit Vorbildern für Wohnhäuser ist in der vorerwähnten Veröffentlichung ein neues getreten, und wir können von demselben sehr wohl behaupten, daß es mit zu dem Besten zu zählen ist, was uns bisher auf dem Gebiete des einfachen Wohnhausbaues geboten wurde.

Das uns vorliegende Werk, das schon äußerlich einen guten Eindruck macht, geht in klarer und sorgfältiger Federzeichnung eine Reihe von Vorbildern für freistehende Wohnhäuser, kleinere mit zwei Zimmern, Küche und Zubehör, bis zu großen mit fünf Zimmern mit Nebenräumen.

Die Grundrisse sind in praktischer Weise erunden, viele durch die eingezeichneten Möbel erläutert. Ebaldig anzuwenden, ist doch nirgendes Raum verschwenderisch; alle Räume, auch die oft sehr vernachlässigten Aborte, Speisekammer, Wadzimmer u. s. w. erhalten reichlich Licht und Lichtzutritt.

Die Ansichten, in den Formen des Leberanzuges und der heutigen Renaissance entworfen, bieten eine große Fülle interessanter Motive für Ausführenden in Werkstoff, Jugendbau, Fachwerk, Zug u. s. w. Namentlich in Fachwerk und reizende Durchbildungen gegeben. - Für den Anfänger in der Kunst des Entwurfens sind die Details, viele in geometrischer Darstellung, eine lehrreiche Beigabe.

Wir können das von der Verlagsbuchhandlung vorzüglich ausgestattete Werk allen denen bestens empfehlen, welchen an der künstlerischen, wenn auch einfachen Ausführung von bürgerlichen Wohnhäusern gelegen ist; für Schüler technischer Lehranstalten ist es eine interessante Vorbildersammlung.

Versammlungs-Anzeiger.

Allein, die ihre Versammlungen regelmäßig an bestimmten Tagen abhalten, können dieselben unter dieser Rubrik bekannt geben. - Änderungen können nur ausnahmsweise veranschlagt werden.

- Berlin I. (Kuhstall Weststraße).
- Berlin II. (Kuhstall Dampfer Straße) 17. Juli bei Forster, Grenzlaue, Aue.
- Berlin III. (Montag, den 1. Juli, Rotbühler Tanz).
- Berlin IV. (Kuhstall in der Arbeiter, Sonntag nach dem 16. jeden Monats, Abends 8 Uhr, Abends 7 Uhr.
- Berlin V. (Wasserwerks Arbeiter, Am 15. jeden Monats bei Forster, Grenzlaue, Aue).
- Berlin VI. (Zementarbeiter, Alle Mittwoch nach dem 1. jeden Monats bei Holzstraße, Wasserlaube, 31. Abends ein halb 7 Uhr.
- Berlin VII. (Kuhstall in der Arbeiter, jeden Sonntag nach dem 1. des Monats bei Lange, Grenzlaue, 16. Nachmittags halb 6 Uhr.
- Berlin VIII. (Schlacken- und Steinhauer Arbeiter, Dienstag nach dem 15. Abends 10 Uhr, Grenzlaue, 31.
- Berlin IX. (Kuhstall in der Arbeiter, jeden Sonntag nach dem 15. jeden Monats.
- Berlin X. (Kuhstall in der Arbeiter, jeden Sonntag nach dem 15. jeden Monats.
- Berlin XI. (Kuhstall in der Arbeiter, jeden Sonntag nach dem 15. jeden Monats.
- Berlin XII. (Kuhstall in der Arbeiter, jeden Sonntag nach dem 15. jeden Monats.
- Berlin XIII. (Kuhstall in der Arbeiter, jeden Sonntag nach dem 15. jeden Monats.
- Berlin XIV. (Kuhstall in der Arbeiter, jeden Sonntag nach dem 15. jeden Monats.
- Berlin XV. (Kuhstall in der Arbeiter, jeden Sonntag nach dem 15. jeden Monats.
- Berlin XVI. (Kuhstall in der Arbeiter, jeden Sonntag nach dem 15. jeden Monats.
- Berlin XVII. (Kuhstall in der Arbeiter, jeden Sonntag nach dem 15. jeden Monats.
- Berlin XVIII. (Kuhstall in der Arbeiter, jeden Sonntag nach dem 15. jeden Monats.
- Berlin XIX. (Kuhstall in der Arbeiter, jeden Sonntag nach dem 15. jeden Monats.
- Berlin XX. (Kuhstall in der Arbeiter, jeden Sonntag nach dem 15. jeden Monats.

Zur Beachtung!
 Berichte, Notizen u., welche noch in der nächsten Nummer Aufnahme finden sollen, müssen mindestens eine Woche vor Erscheinen derselben in den Händen der Redaktion sein. Jedoch können sie nur dann bestimmt als Aufnahme hoffen, wenn sie einer größeren Umarbeitung nicht bedürfen. - Bei allen Einbringungen ist darauf zu achten, daß sie auf einen besonderen Pagen geschrieben und nicht mit Mitteilungen für den Verbands-Vorstand verbunden sind. Außerdem ist stets nur die eine Seite des Papiers zu beschreiben.

Achtung! Filiale VI. Berlin. Achtung!
(Vaternenwärter.)
Mittwoch, den 1. August 1900, Vorm. 11 Uhr:
General-Versammlung
 bei Stecher, Andreasstr. 21.
 Tages-Ordnung:
 1. Abrechnung vom 2. Quartal. - 2. Neuwahl des Filial-Vorstandes und der Revisoren. - 3. Verlesenes.
 In dieser Versammlung wird es den Kollegen zur Pflicht gemacht, dafür zu sorgen, daß keiner fehlt.
Der Filial-Vorstand.
 A. A. Bernb Wagner.

Filiale Berlin III. (Wasserwerks Arbeiter).
Sonnabend, den 14. Juli 1900:
2 Stiftungs-fest
 im Allysium, Heißla und Garten, Vandsberger Allee 41. Jede Patrons-Verträge
Anfang 8 Uhr. Ende 1 1/2
 Herren 50 Pfg., Damen 30 Pfg.
 Fillets sind bei den Vertrauensleuten und den Vorstandsmitgliedern zu haben.
Der Vorstand.

Achtung! Filiale III. Berlin.
 Die nächste Mitglieder-Versammlung findet am **Sonntag, den 22. Juli**, Vorm. 9 Uhr, Grenaderstraße 33 bei **Sueke** statt.
 Es ist Pflicht eines jeden Mitgliedes, zu erscheinen.
Der Vorstand.

Achtung! Magdeburg, Filiale III.
Sonnabend, den 7. Juli, Abends 8 Uhr:
Generalversammlung
 bei **Albert Vater**, Knochenhauerstr. 27/28.
 Wegen der Wichtigkeit der Tagesordnung ist es Pflicht, pünktlich und zahlreich zu erscheinen.
Der Vorstand.

Ueberall
 suchen wir thätige Parteigenossen, die in den Gewerkschafts- und Volkervereinigungen den Einzelverkauf des bekannten humoristisch-statistischen Arbeiterblattes **Süddeutscher Postillon** übernehmen können. **Günstige Bedingungen.** Weiterer Austausch erbetet auf ges. Anfrage **M. Ernst, Verlag, München, Zensurstraße 4.**

10.500 Abbildungen.
MEYERS KONVERSATIONS-LEXIKON
 Vollständig liegt vor in 6., neu bearbeiteter und vermehrter Auflage.
 Prohefte und Prospekte gratis durch jede Buchhandlung.
 Verlag des Bibliographischen Instituts, Leipzig.
 1111038 Bilderstein u. Kartenbeilagen.
 Mehr als 137.000 Artikel u. Veranschauligungen.
 Preis 12 Mk. 50 Pf. in 3 Bänden.
 Preis 12 Mk. 50 Pf. in 3 Bänden.
 Preis 12 Mk. 50 Pf. in 3 Bänden.

Verantwortl. Redakteur: Dr. Forst, Berlin, Amsterdamerstr. 25
 Druck von Maurer & Bismick, E., Vossler-Allee 11.